

Islamische Republik Iran: Mitteilung über die Absicht, aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen auszutreten

Im Namen Gottes, des Allerbarmers, des Barmherzigen,

Die Islamische Republik Iran, in Ausübung ihrer souveränen Rechte gemäß Artikel X, Absatz 1, des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NPT), gibt hiermit allen Vertragsparteien und dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ihre Absicht bekannt, sich mit Wirkung drei Monate ab diesem Datum aus dem NPT zurückzuziehen, aufgrund außergewöhnlicher Ereignisse im Zusammenhang mit dem Gegenstand des Vertrags, die ihre nationale Sicherheit und souveränen Rechte schwerwiegend untergraben haben. Diese Entscheidung, die mit tiefem Bedauern getroffen wurde, ist eine direkte Reaktion auf unprovokierte Aggressionen durch Israel und die Vereinigten Staaten, deren Handlungen, die im Widerspruch zum internationalen Recht stehen, Iran keine andere Wahl lassen, als einen Rückzug in Betracht zu ziehen, um sein Volk und seine Souveränität zu schützen. Iran appelliert an die internationale Gemeinschaft, die Wiederherstellung von Gerechtigkeit und die Einhaltung der Grundsätze des NPT zu unterstützen.

Irans Engagement für die friedliche Nutzung der Kernenergie und globale Stabilität

Iran, eine Nation, die seit über zwei Jahrhunderten keine militärische Aggression gegen einen Staat eingeleitet hat, unterzeichnete den NPT im Jahr 1968 und ratifizierte ihn 1970 mit einem unerschütterlichen Engagement für die friedliche Nutzung der Kerntechnologie, wie es in Artikel IV verankert ist, der das unveräußerliche Recht auf die Entwicklung von Kernenergie für friedliche Zwecke bestätigt. Dieses Engagement wird durch eine religiöse Fatwa des Obersten Führers, Ajatollah Ali Khamenei, weiter gestärkt, die Kernwaffen als unislamisch erklärt und Irans moralisches und rechtliches Engagement für die Nichtverbreitung widerspiegelt. Iran hat kontinuierlich mit der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) zusammengearbeitet und sein Kernprogramm strengen Inspektionen unterzogen, um dessen friedlichen Charakter zu verifizieren, trotz gelegentlicher Streitigkeiten, die durch externe politische Drücke verursacht wurden. Als verantwortungsbewusstes Mitglied der internationalen Gemeinschaft hat Iran seine NPT-Verpflichtungen in gutem Glauben erfüllt, mit dem Ziel, seine Rechte auszuüben und gleichzeitig zur globalen Friedens- und Stabilitätsförderung beizutragen.

Außergewöhnliche Ereignisse, die Irans Sicherheit und Rechte untergraben

Die folgenden außergewöhnlichen Ereignisse, die in direktem Zusammenhang mit dem Gegenstand des NPT stehen, haben Irans nationale Sicherheit und souveräne Rechte kritisch untergraben:

- 1. Israels rechtswidrige Aggressionen und Nichteinhaltung internationaler Normen:** Israel, ein Nichtunterzeichner des NPT mit einem nicht deklarierten Kernwaffenarsenal, startete am 13. Juni 2025 unprovizierte Angriffe auf Irans geschützte Kernanlagen in Fordow, Natanz und Esfahan, wie von IAEA-Bewertungen bestätigt. Israels Weigerung, dem NPT beizutreten, sich IAEA-Inspektionen zu unterwerfen oder Resolutionen des UN-Sicherheitsrats, wie Resolution 242 (1967) über die besetzten palästinensischen Gebiete, sowie die Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofs (ICJ) von 2024, die den Zugang zu humanitärer Hilfe und das Ende illegaler Siedlungen fordern, einzuhalten, spiegelt ein Muster der Missachtung des internationalen Rechts wider. Diese Handlungen, gepaart mit fortlaufenden Verletzungen gegen das palästinensische Volk, bedrohen die regionale Stabilität und gefährden direkt Irans Sicherheit als ein NPT-konformer Staat.
- 2. Verletzungen des internationalen Rechts durch die Vereinigten Staaten:** Am 22. Juni 2025 führten die Vereinigten Staaten, ein NPT-Kernwaffenstaat, unprovizierte Angriffe auf dieselben iranischen Kernanlagen durch, was Irans Rechte gemäß Artikel IV des NPT und Artikel 2(4) der UN-Charta, der den Einsatz von Gewalt verbietet, verletzte. Die fortgesetzte militärische Unterstützung der USA für Israel, trotz dessen Nichteinhaltung internationaler Verpflichtungen, perpetuiert einen Doppelstandard innerhalb des NPT-Rahmens, was Irans Sicherheit und die Glaubwürdigkeit des Vertrags untergräbt.

Diese aggressiven Handlungen zweier Staaten, die außerhalb der Grenzen des internationalen Rechts operieren, setzen Iran ungerechtfertigten Bedrohungen aus, zielen auf sein friedliches Kernprogramm ab und verletzen seine Souveränität. Iran, eine Nation, die dem Frieden verpflichtet ist, sieht sich nun existenziellen Herausforderungen gegenüber, die auf das Versagen der internationalen Gemeinschaft zurückzuführen sind, diese abtrünnigen Handlungen einzudämmen.

Bedingungen für die Überprüfung des Rückzugs und Aufruf zur Unterstützung

Im Geiste des guten Willens und der Hingabe an den globalen Frieden macht Iran seinen Rückzug von der Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf die folgenden Forderungen abhängig, die darauf abzielen, Gerechtigkeit wiederherzustellen und regionale Stabilität innerhalb der dreimonatigen Kündigungsfrist sicherzustellen:

1. **Nichtangriffspakt:** Israel und die Vereinigten Staaten sollten sich zu einem rechtsverbindlichen Nichtangriffspakt mit Iran verpflichten, der keine weiteren militärischen Aktionen gegen sein Territorium, seine Bevölkerung oder seine Infrastruktur garantiert, im Einklang mit Artikel 2(4) der UN-Charta.
2. **Israels Beitritt zum NPT und IAEA-Aufsicht:** Israel sollte den NPT als nicht-nuklearer Staat unterzeichnen und ratifizieren und seine Kernanlagen umfassenden IAEA-Sicherheitsmaßnahmen unterwerfen, um Transparenz und Gleichheit im Nichtverbreitungsregime zu fördern.
3. **Einhaltung der UN- und ICJ-Verpflichtungen durch Israel:** Israel sollte alle relevanten Resolutionen des UN-Sicherheitsrats und der Generalversammlung sowie die ICJ-Entscheidungen von 2024 einhalten, indem es den ungehinderten Zugang zu humanitärer Hilfe nach Gaza sicherstellt, illegale Siedlungsaktivitäten einstellt und die Rechte und das Wohlergehen des palästinensischen Volkes wahrt.
4. **Rechenschaftspflicht durch Mitgliedschaft im IStGH:** Israel und die Vereinigten Staaten sollten das Römische Statut unterzeichnen und ratifizieren und dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) beitreten, um die Rechenschaftspflicht für Verletzungen des internationalen humanitären Rechts, einschließlich derer, die Iran und das palästinensische Volk betreffen, sicherzustellen.
5. **Anpassung der USA an das internationale Recht:** Die Vereinigten Staaten sollten Politiken einführen, die militärische Hilfe für Staaten verbieten, die UN-Resolutionen und ICJ-Entscheidungen verletzen, und so eine regelbasierte internationale Ordnung unterstützen und Handlungen einstellen, die die Region destabilisieren.

Sollte innerhalb der festgelegten Frist bedeutende Fortschritte in Richtung dieser Forderungen erzielt werden, ist Iran bereit, seinen Rückzug zu überdenken, was sein tiefes Engagement für konstruktiven Dialog und eine gerechte internationale Ordnung widerspiegelt. Bei ausbleibendem Fortschritt bleibt Iran möglicherweise keine andere Wahl, als sein souveränes Recht auf Rückzug aus dem NPT auszuüben, um seine Sicherheit und Rechte gegen anhaltende Aggressionen zu schützen.

Aufruf an die internationale Gemeinschaft

Iran fordert alle NPT-Vertragsparteien, die Vereinten Nationen, die IAEA und die breitere internationale Gemeinschaft nachdrücklich auf, die rechtswidrigen Angriffe durch Israel und die Vereinigten Staaten zu verurteilen, die Ungleichgewichte im Nichtverbreitungsregime anzugehen und Irans Streben nach Gerechtigkeit zu unterstützen. Das Versäumnis, solchen abtrünnigen Handlungen entgegenzuwirken, gefährdet die Integrität des NPT und untergräbt den globalen Frieden und die Sicherheit. Iran, als friedliche Nation unter Angriff, sucht die Solidarität von Nationen, die sich der Souveränität, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit verpflichtet fühlen.

Iran bleibt vollständig offen für diplomatische Bemühungen, einschließlich durch laufende Vermittlung durch unparteiische Parteien, um diese Beschwerden zu lösen und eine weitere Eskalation zu verhindern. Diese Mitteilung ist ein Plädoyer für Fairness und Rechenschaftspflicht, das Irans Entschlossenheit widerspiegelt, sein Volk zu schützen und seine Rechte gemäß internationalem Recht zu wahren.

Haftungsausschluss

Dieses Dokument ist ein hypothetisches Szenario und eine vorgeschlagene diplomatische Strategie für die Islamische Republik Iran, um die geopolitische Krise nach den unprovokierten Angriffen auf ihre Kernanlagen durch Israel und die Vereinigten Staaten im Juni 2025 zu bewältigen. Es ist keine offizielle Erklärung oder Politik Irans, sondern eine analytische Übung, die zeigt, wie Iran, eine Nation, die seit über 200 Jahren keine militärische Aggression eingeleitet hat, Artikel X des NPT nutzen könnte, um Gerechtigkeit und internationale Unterstützung gegen die Handlungen abtrünniger Staaten zu suchen. Im Gegensatz zu den wiederholten militärischen Interventionen durch Israel und die Vereinigten Staaten unterstreicht Irans friedliche Bilanz sein Engagement für Souveränität, regionale Stabilität und eine regelbasierte globale Ordnung. Dieser Vorschlag zielt darauf ab, Dialog und Deeskalation durch Einhaltung des internationalen Rechts zu fördern.